

## **Tischvorlage**

**für die Sitzung des Senats am 15.06.2021**

### **REACT-EU / Programmänderung für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)**

#### **A. Problem**

Unter dem Begriff REACT-EU stellt die EU-Kommission vorbehaltlich der Freigabe durch die nationalen Parlamente den Mitgliedstaaten zur Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise in den europäischen Regionen und zur Vorbereitung einer grünen, digitalen und stabilen Erholung der Wirtschaft Mittel i. H. v. 58 Mrd. € bereit. Diese Mittel sollen in der verbleibenden Restlaufzeit der aktuellen Förderperiode 2014 – 2020 der europäischen Strukturfondsprogramme eingesetzt werden. Die EU-Mittel werden für die regionalen EFRE- und ESF-Programme für die Jahre 2021 und 2022 bereitgestellt und müssen bis Ende 2023 eingesetzt und vollständig an die Zuwendungsempfänger ausgezahlt sein. Die Abrechnung der Programme muss bis 2025 erfolgen. Deutschland erhält 2,4 Mrd. €, davon sind im Rahmen des EFRE 25 Mio. € für Bremen vorgesehen. Der EU-Finanzierungssatz beträgt bis zu 100% der förderfähigen Kosten.

Die Mittel sind unter einer eigenen, neu einzurichtenden Prioritätsachse „Unterstützung der Krisenbewältigung im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie und ihrer sozialen Folgen und Vorbereitung einer grünen, digitalen und stabilen Erholung der Wirtschaft“ im bremischen EFRE-Programm 2014-2020 umzusetzen. Die geltenden Verwaltungs- und Kontrollstrukturen sowie Umsetzungsmechanismen gelten somit auch für die neu einzurichtende Prioritätenachse. An der Umsetzung des EFRE-Programms 2014-2020 sind die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, die Senatorin für Wissenschaft und Häfen sowie die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau beteiligt.

Ein entsprechender Änderungsantrag zum EFRE-Programm ist bei der EU-Kommission zur Genehmigung einzureichen.

Ziel der Befassung ist es, einen Beschluss zum Einsatz der REACT-Mittel zu erreichen, damit auf dieser Basis der Änderungsantrag für das EFRE-Programm bei der EU-Kommission eingereicht werden kann.

## **B. Lösung**

Insgesamt sollen die REACT-Mittel im Land Bremen verwendet werden, um einen Beitrag zur Krisenbewältigung und möglichst zur Transformation zu einer grünen und digitalen Wirtschaft zu leisten. Dafür ist der Mittel-Einsatz im Rahmen des EFRE-Programms in folgenden Bereichen vorgesehen:

### **B.1 Forschungsaktivitäten und Ausbau der FuE-Kapazitäten**

Ein Beitrag zur Krisenbewältigung und zur Transformation einer grünen Wirtschaft soll durch gezielte Forschungsaktivitäten und den Ausbau der FuE-Kapazitäten unterstützt werden. Dadurch soll die Entwicklung neuer Produkte und Systeminnovationen unterstützt werden. Die Wasserstofftechnologie soll als wichtige Schlüsseltechnik der Energiewende im Land Bremen verankert und die Anwendung Künstlicher Intelligenz im Land Bremen gestärkt werden.

Es sind Mittel i. H. v. 7 Mio. € REACT-Mittel zur Förderung von FuE-Einzel- und Verbundprojekten in der Luft- und Raumfahrt sowie im Bereich der Umweltinnovationen eingeplant. Im Ergebnis der FuE-Förderung sollen verstärkt neue Produkte und Systeminnovationen in den Bereichen Umweltinnovationen, Wasserstoff und ökoeffizientes Fliegen sowie Green Mobility entwickelt werden. Für den Ausbau und die Ausstattung von FuE-Infrastruktureinrichtungen mit besonderem Fokus auf Wasserstoffforschung und Künstlicher Intelligenz (KI) sollen weitere Mittel i. H. v. 7 Mio. € eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang können auch Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur und in die technologischen Ausrüstungsgegenstände bzw. Geräte finanziert werden.

Zudem ist geplant, einen Betrag i. H. v. 2 Mio. € aus dem Etat der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa zur Förderung von FuE-Technologietransferstrukturen für die Lebensmittelwirtschaft in Bremerhaven zur Verfügung zu stellen. Für die Wettbewerbsfähigkeit dieser Leitbranche ist es entscheidend, dass Trends wie Nachhaltigkeit, Regionalität, Superfood und Gesundheit wesentliche Determinanten der Entwicklung sind.

### **B.2 Digitalisierung und öffentliche Veranstaltungsinfrastruktur**

Ein Beitrag zur Krisenbewältigung und zur Transformation einer digitalen Wirtschaft soll durch gezielte Maßnahmen geleistet werden. Dies umfasst den digitalen Ausbau von Verwaltungsdienstleistungen und Angeboten für Unternehmen. Es ist vorgesehen, den bereits existierenden Gründungsassistenten weiter zu einem Serviceportal für die Wirtschaft zu entwickeln (rund 2 Mio. € REACT-Mittel).

Zudem sollen durch ein Förderprogramm für eine nachhaltige und digitale Veranstaltungsinfrastruktur öffentliche Veranstaltungsstätten sowie die Wissens- und

Erlebniswelten im Land Bremen gezielt pandemieresilient, nachhaltig und digital ausgebaut werden. Der Neustart der stark durch die Pandemie beeinträchtigten Veranstaltungsbranche soll angeschoben und die Branche zukunftsfähig aufgestellt werden. Insgesamt sind Mittel i. H. v. 5 Mio. € REACT-Mittel aus dem EFRE-Programm eingeplant.

### **B.3 Emissionsfreier ÖPNV**

Zudem sollen die Ladeinfrastrukturen für Elektrobusse im städtischen ÖPNV ausgebaut werden, um damit einen zusätzlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten (rund 1 Mio. € REACT-Mittel).

### **C. Alternativen**

Alternativen für den Einsatz der REACT-Mittel werden aufgrund der Zielstellung von REACT-EU, der Vorgabe, dass die Umsetzung innerhalb der existierenden EFRE-Strukturen erfolgen muss und aufgrund der kurzen Frist zum vollständigen Mitteleinsatz nicht gesehen.

### **D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen**

Die Genehmigung des EFRE-Programmänderungsantrages durch die EU-Kommission ist für das Land Bremen die Grundlage für den Erhalt und Einsatz von EU-Mitteln i. H. v. 25 Mio. Euro. Die Mittel werden durch die EU-Kommission in zwei Tranchen zugewiesen. Für den EFRE werden 19,7 Mio. € in 2021 und 5,3 Mio. € in 2022 zugewiesen.

Bis zu 4% der REACT-Mittel können für die sogenannte Technische Hilfe eingesetzt werden. Es ist vorgesehen, 1 Mio. € für die verwaltungsmäßige Planung, Programmierung, Steuerung und die Umsetzung der REACT-Mittel einzusetzen. Hierzu gehören insbesondere Personalkosten der beteiligten Programmbehörden, notwendige technische Anpassungen des IT-Systems sowie durch die EU-Verordnungen vorgegebene Pflichtaufgaben wie Öffentlichkeits- und Beteiligungsarbeit.

Die Verteilung der REACT-Mittel erfolgt gemäß der bisherigen Beteiligung der Ressorts am EFRE-Programm 2014 -2020. Auf das Ressort Wirtschaft, Arbeit und Europa entfallen somit 72,8% bzw. 17,47 Mio. €, auf das Ressort Wissenschaft und Häfen entfallen 14,1% bzw. 3,38 Mio. € und auf das Ressort Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau entfallen 13,1% bzw. 3,14 Mio. €. Insgesamt stehen den Ressorts damit 24 Mio. € für die neue REACT-Achse sowie 1 Mio. € für die Technische Hilfe zur Verfügung. Die o.g. REACT-Mittel zur Unterstützung der „Wirtschaftsförderung Bremerhaven“ und hier im Detail zur

Förderung der FuE Technologietransferstrukturen werden – entsprechend der Systematik des laufenden EFRE Programms - aus dem Anteil der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa geleistet.

Der EU-Finanzierungssatz beträgt bis zu 100% der förderfähigen Kosten, so dass keine nationalen Kofinanzierungsmittel notwendig sind. Für den Einsatz der Mittel für die Technische Hilfe ist eine Kofinanzierung von 50% notwendig. Zur Kofinanzierung werden laufende Personalkosten herangezogen, so dass keine zusätzlichen Landesmittel aufzubringen sind.

Die Ressorts haben den Auftrag vom Senat erhalten, zu prüfen, ob die sich aus der Corona-Krise ergebenden Bedarfe mit Mitteln des Bundes oder der EU finanziert werden können.

Die EFRE-Programmänderung erfolgt unter Beteiligung der einschlägigen Partnerorganisationen im EFRE-Begleitausschuss. Die bremische Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau (ZGF) und der Bremer Frauenausschuss sind Mitglieder im Begleitausschuss. Die Interventionen richten sich an Zuwendungsempfänger und Zuwendungsempfängerinnen aller Geschlechter. Gender Mainstreaming ist als Querschnittsziel im EFRE-Programm 2014 - 2020 verankert und gilt insofern auch für die neu einzurichtende Prioritätsachse.

Insbesondere die Ziele der Innovationsvorhaben als auch die Möglichkeit, sich an diesen zu beteiligen, sind grundsätzlich als geschlechterneutral einzuschätzen. Insgesamt führen die Maßnahmen insbesondere bzgl. Digitalisierung zu einer Verbesserung der Möglichkeit von Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dies kommt genderunabhängig allen Personen zu Gute, ermöglicht perspektivisch aber eine höhere Diversifizierung in den industriell geprägten Branchen. Da z.B. in der Luft- und Raumfahrtbranche oder der IT-Branche männliche Beschäftigte überwiegen, wird durch gezielte Maßnahmen wie z. B. die Zusammenarbeit mit „Woman in Space“ oder bei der Ausbildung/Akquisition von Fachkräften eine Erhöhung des Anteils weiblicher Beschäftigter angestrebt. Eine Verstetigung ist langfristig durch das EFRE-Programm 2021 - 2027 geplant und wird im operativen EFRE-Programm verankert.

## **E. Beteiligung und Abstimmung**

Die Vorlage ist mit dem Senator für Finanzen, der Senatorin für Wissenschaft und Häfen sowie mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau abgestimmt. Die Abstimmung der Vorlage mit der Senatskanzlei ist eingeleitet.

Die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner\*innen des EFRE-Begleitausschusses wurden über den geplanten Programmänderungsentwurf am 22.04.2021 im Rahmen eines Workshops ausführlich informiert.

## **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

## **G. Beschlussvorschlag**

- 1) Der Senat stimmt der vorgeschlagenen REACT-Mittelverwendung i.R.d. EFRE-Programms und den damit verbundenen Maßnahmen zu.
- 2) Der Senat stimmt der vorgeschlagenen Mittelverteilung auf die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa mit 72,8% bzw. 17,47 Mio. €, die Senatorin für Wissenschaft und Häfen mit 14,1% bzw. 3,38 Mio. € und die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mit 13,1% bzw. 3,14 Mio. € zu.
- 3) Der Senat bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa sowie die Senatorin für Wissenschaft und Häfen und die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau nach Genehmigung der EFRE-Programmänderung zum Einsatz der REACT-Mittel für bereits beschlossene Bremen-Fonds-Maßnahmen zu prüfen und dort wo dieses möglich ist, die Förderung auf REACT-Mittel umzustellen (Vorrangigkeit von Bundes- und EU-Finanzierungen).
- 4) Der Senat bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, auf dieser Basis die notwendigen Verhandlungen mit der EU-Kommission zu führen und in deren Ergebnis einen Änderungsantrag für das EFRE-Programm bei der EU-Kommission einzureichen und über das Ergebnis zu berichten.
- 5) Der Senat bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa die Befassung der Deputation für Wirtschaft und Arbeit sowie über den Senator für Finanzen die Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses einzuleiten.

# Beschluss des Senats

vom 15.06.2021

2308.) REACT-EU / Programmänderung für den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)  
(Tischvorlage vom 10.06.2021 )

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt der vorgeschlagenen REACT-Mittelverwendung i.R.d. EFRE-Programms und den damit verbundenen Maßnahmen zu.
2. Der Senat stimmt der vorgeschlagenen Mittelverteilung auf die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa mit 72,8% bzw. 17,47 Mio. €, die Senatorin für Wissenschaft und Häfen mit 14,1% bzw. 3,38 Mio. € und die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mit 13,1% bzw. 3,14 Mio. € zu.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa sowie die Senatorin für Wissenschaft und Häfen und die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau nach Genehmigung der EFRE-Programmänderung zum Einsatz der REACT-Mittel für bereits beschlossene Bremen-Fonds-Maßnahmen zu prüfen und dort wo dieses möglich ist, die Förderung auf REACT-Mittel umzustellen (Vorrangigkeit von Bundes- und EU-Finanzierungen).
4. Der Senat bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, auf dieser Basis die notwendigen Verhandlungen mit der EU-Kommission zu führen und in deren Ergebnis einen Änderungsantrag für das EFRE-Programm bei der EU-Kommission einzureichen und über das Ergebnis zu berichten.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa die Befassung der Deputation für Wirtschaft und Arbeit sowie über den

Senator für Finanzen die Befassung des Haushalts- und  
Finanzausschusses einzuleiten.